

DANIELA DAHN  
RAINER MAUSFELD

TAM  
TAM UND  
TABU

WESTEND

Die Einheit:  
Drei Jahrzehnte  
ohne Bewährung

ZUR EINSTIMMUNG

7

DANIELA DAHN  
Volkslektüre  
*Eine Presseschau*

13

DANIELA DAHN  
Die Währungsunion war  
organisierte Verantwortungslosigkeit

89

RAINER MAUSFELD  
Wende wohin?  
*Die Realität hinter der Rhetorik*

101

DANIELA DAHN  
Ein Luxus anderer Art  
*Was bedeutet die Forderung  
nach einem Systemwechsel?*

121

DANIELA DAHN  
RAINER MAUSFELD  
Eine einmalige Gelegenheit  
*Gespräch*

135

FAKSIMILES

211



ZUR EINSTIMMUNG

Das Jahr 1990 kann als einer der wichtigsten Momente der Nachkriegsgeschichte angesehen werden, da es einzigartige Chancen bot – sowohl für eine internationale Friedensordnung wie auch für eine erneuerte Demokratie, die dann diesen Namen verdiente. Heute wissen wir, dass diese Chancen aus geopolitischen Interessen und denen der Kapitaleigner gezielt blockiert und somit verspielt wurden. Warum war dies, entgegen den großen Hoffnungen der Bevölkerung, so leicht?

Die Leichtigkeit, mit der eine kleine Minderheit von Besitzenden Macht über eine große Mehrheit von Nichtbesitzenden ausüben kann, gleiche einem »Wunderwerk«, bemerkte zur Zeit der Aufklärung der große schottische Philosoph David Hume. Diese Leichtigkeit der Machtausübung ist seit der Antike eines der großen Rätsel der politischen Philosophie, eines, das in einer Demokratie in noch größerem Maße erklärungsbedürftig ist.

Hume erkannte auch, wohin man den Blick zu richten hat, wenn man dieses Rätsel entschlüsseln will, nämlich nicht lediglich auf die rein physische Macht, die es auf den Körper abgesehen hat, sondern auf die Formen der Macht, die auf die Psyche zielen. Wer über Mittel verfügt, mit denen sich auf der Klaviatur des menschlichen Geistes so spielen lässt, dass Meinungen und Affekte in geeigneter Weise gesteuert werden können, verfügt über einen Einfluss, der kaum noch als Macht erkennbar ist und gerade darum eine besondere Wirksamkeit entfalten kann.

In diesem Buch geht es also zunächst erneut darum, wie sich Menschen in ihrer gesellschaftlichen Willensbildung beeinflussen lassen. Ein uraltes Problem, doch im Zeitalter der Massenmedien gravierender denn je. Zumal es historische Situationen wie den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gibt, in denen diese Probleme besonders grell aufleuchten und so weitere aufschlussreiche Details über die Machttechniken erkennbar werden, durch die sich »die verwirrte Herde auf

Kurs halten lässt«. Mit diesen Worten beschrieb schon vor einem Jahrhundert der einflussreiche politische Intellektuelle Walter Lippmann die zentrale Herausforderung für die Eliten in einer – von ihm angestrebten – sogenannten »Elitendemokratie«. Heute ist die Elitendemokratie das Standardmodell kapitalistischer Demokratien.

Im Verlauf der Ereignisse von 1989/90 gelang es, die Stimmung eines Großteils der DDR-Bevölkerung in wenigen Wochen in die vom Westen gewünschte Richtung zu lenken. Diese Monate bieten also ein paradigmatisches Studienfeld zu den sozialtechnologischen Mitteln, mit denen Einstellungen und Verhalten einer ganzen Bevölkerung auf den Kopf gestellt wurden. Es geht in diesem Band folglich um die Rolle von Medien und deren Techniken der Affekt- und Meinungsmanipulation – Techniken, die sich heute gern hinter so harmlosen Begriffen wie »Perception Management« oder »Soft Power« verbergen. Es geht auch um eine partielle Rekonstruktion und Entschleierung des damaligen medialen Tamtams, mit dem sich eine freie Urteilsbildung behindern und Affekte lenken ließen. Und es geht schließlich darum, wie man emanzipatorische Alternativen, die die Stabilität der herrschenden Machtordnung zu gefährden drohten, aus dem öffentlichen Denkraum verbannen konnte. Kurz: Es geht um das Markieren von politischen Tabus. Diese Denkblockaden sind anhaltend wirksam. Immer wieder wurde festgestellt, dass sich heute die meisten Menschen eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorstellen können. Die politischen Tabus, wie sie vor allem in der Nachkriegszeit in kapitalistischen Demokratien errichtet wurden, blockieren die Entwicklung von angemessenen gesellschaftlichen Lösungen für die immer bedrohlicher werdenden ökologischen, gesellschaftlichen und zivilisatorischen Notlagen, die unsere gegenwärtige Wirtschaftsordnung hervorbringt. Die Bewältigung der damit verbundenen

gewaltigen Probleme, die auch durch die Corona-Krise noch einmal scharf konturiert hervortreten, werden durch *Tamtam und Tabu*, also durch das Arsenal hochentwickelter Techniken des Meinungs- und Affektmanagements, der Indoktrination und Ablenkung, der Angsterzeugung und der Ächtung emanzipatorischer Alternativen, massiv erschwert. Gerade deshalb gilt es, diese Waffen immer wieder durch öffentliche Demonstrationen ihres Zündmechanismus zu entschärfen – was hier am Exempel versucht werden soll. Der Leser wird dabei nicht, wie bei Bombenentschärfungen üblich, aus Sicherheitsgründen auf Distanz gebracht, sondern mit voller Absicht dem Risiko des Dabeiseins ausgesetzt.

Die Vorgänge um die Einheit bieten – vor allem in der Distanz – wie in einem Zeitraffer verdichtet Einsichten in strukturelle Probleme, deren gesellschaftliche Bedeutung weit über den damaligen historischen Kontext hinausgeht. Auch zeigen sie nach nunmehr dreißig Jahren, welcher gesellschaftliche Preis dafür zu entrichten ist, dass emanzipatorische Alternativen gesellschaftlich geächtet werden.

Eine der grundsätzlichen Fragen, um die es dabei geht, lautet: Wie lässt sich gewährleisten, dass »freie Wahlen« nicht nur formal frei sind, sondern dass sie auch psychologisch frei sind, also auf rationalen Urteilen basieren, die ungetrübt von Desinformation, Panikmache oder Heilsversprechen sind? Kann es in einer Gesellschaft, deren große Medien von parteipolitischen Repräsentanten ökonomischer Machtgruppen kontrolliert werden oder mehrheitlich im Besitz von Privateigentümern sind, die Geld sehen wollen, überhaupt psychologisch freie Wahlen geben? Und was bedeutet dieser Zweifel für die Demokratie?

Zwei sehr unterschiedliche Zugangsweisen verbinden sich in den Texten dieses Bandes. Der Beitrag von Daniela Dahn geht noch einmal – unter der Perspektive von *Tamtam und Tabu* –



ganz nah an die damaligen Vorgänge heran. Er bettet sie in den großen Kontext von Manipulation, angeblicher Alternativlosigkeit zu organisierter Verantwortungslosigkeit ein und mündet folgerichtig bei der Aussicht auf einen Systemwechsel in Richtung des Gemeinwohls. Im Zentrum steht dabei eine punktuelle Quellenanalyse damaliger medialer Darstellungen, die in hoher Auflösung zeigt, wie der öffentliche Debattenraum, der die Basis der Meinungsbildung für die dann folgenden Wahlentscheidungen darstellte, verzerrt wurde – mit der Intention, westliche Macht- und Kapitalinteressen durchzusetzen. Eine solche Mikroanalyse medialer Darstellungen der Vorgänge um die deutsche Einheit ist in ihrer am historischen Quellenmaterial gewonnenen Konkretheit, ergänzt durch investigativ gewonnene Hintergründe, Neuland. Sie steht im Kontext der kritischen Analysen zur Vereinigung, die Daniela Dahn in ihren früheren Büchern und Beiträgen gegeben hat, und soll diese fortführend ergänzen und abrunden. Ihre Betrachtungen führen zu der Frage, wie sich der Denkraum emanzipatorischer Alternativen wieder so weitens lässt, dass der apokalyptischen Zerstörungswucht des Kapitalismus Einhalt geboten werden kann.

Der Beitrag von Rainer Mausfeld richtet aus abstrakterer Perspektive einen kritischen Blick auf die illusionserzeugende Kraft der westlichen Ideologie und damit auf das versprochene Paradies einer kapitalistischen Demokratie, zu deren Herrschaftsmethoden es gehört, die Gesellschaft zu spalten und mit Techniken der Indoktrination fundamentalen Dissens zu zersetzen. Er bringt die in der Zeit der Aufklärung gewonnene zivilisatorische Leitidee von Demokratie in Erinnerung, die auf eine radikale Vergesellschaftung von Herrschaft durch ungeteilte gesetzgebende Souveränität der Machtunterworfenen zielt. Diese egalitäre Leitidee entstand aus dem Bemühen, zivilisatorische Schutzbalken gegen ein Recht des Stärkeren zu errichten. Kapitalistische Elitendemokratien haben sie in ihr Gegenteil

verkehrt. Heute werden die zerstörerischen Folgen einer auf dem Recht des Stärkeren basierenden kapitalistischen Weltordnung, wie sie der Westen unter Führung der USA zu errichten sucht, immer deutlicher erkennbar und spürbar. Das führt zu der Frage, wie sich die Idee einer radikalen Demokratisierung wieder gesellschaftlich wirksam machen lässt.

Der Beitrag ist eine Rede, die Rainer Mausfeld im Rahmen des Dresdner Palais Sommers zum dreißigsten Jahrestag der Einheit am 9. Oktober 2019 in der Kreuzkirche gehalten hat.

Die Initiative, beide Beiträge in einem Buch zusammenzubringen und durch ein verbindendes und vertiefendes Gespräch zu ergänzen, ist dem Westend Verlag zu verdanken.

Daniela Dahn und Rainer Mausfeld,  
August 2020

DANIELA DAHN

Volkslektüre  
*Eine Presseschau*

Dreißig Jahre deutsche Vereinigung – es ist vermeintlich alles gesagt. Denn das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden (Kierkegaard). Staatlich üppig finanzierte Forschungsstellen haben zu allen erwünschten Themen erwartbare Studien geliefert, Fernsehsender haben sich daran orientiert, Schulbücher wurden umgeschrieben, Lehrstühle an Universitäten gewendet, Bücher in Bibliotheken ausgetauscht, die zeitgenössischen Museen erneuert, Straßen umbenannt. Nicht wenige Verlage, Redaktionen, Autoren und Filmemacher haben dem verordneten, konservativen Geschichtsbild widersprochen oder es zumindest differenziert. Weltweit hat es viele Tausend Veröffentlichungen gegeben.

Dreißig Jahre gelten unter Historikern als der minimale Abstand dafür, eine Zeit der Geschichtsschreibung zu übergeben. Und die verdient ihren Namen nur, wenn darin auch Schuld oder zumindest Verantwortlichkeit nicht verschwiegen werden. Betrachtungen zur Deutschen Einheit räumen zunehmend ein, dass auf ihrem Weg Fehler gemacht wurden, auch gravierende. Doch dieses Eingeständnis wird meist reflexartig mit der Behauptung relativiert, angesichts von Maueröffnung, massenhafter Abwanderung, wirtschaftlichem Niedergang und dem Wunsch nach der D-Mark habe es keine Alternativen gegeben. Dem ist entgegenzuhalten: Wer Alternativen nie auch nur versucht hat, kann nachträglich schlecht glaubhaft machen, es hätte keine gegeben.

Zumal zu einer der interessantesten Fragen bis heute keine eigene Untersuchung bekannt ist. Wie war es möglich, das in vierzig Jahren gewachsene Selbstbewusstsein einer Bevölkerung in einem Vierteljahr auf den Kopf zu stellen? Im November 1989 sprachen sich 86 Prozent der DDR-Bürger für den »Weg eines besseren, reformierten Sozialismus« aus, nur fünf Prozent für einen »kapitalistischen Weg« (erhoben von den Leipziger Instituten für Jugend- und Marktforschung). Diese

bemerkenswerte Einmütigkeit wurde von einer Ende Dezember 1989 veröffentlichten *Spiegel*-Umfrage bestätigt, in der trotz Maueröffnung immer noch knapp drei Viertel der Ostdeutschen wünschten, dass die DDR ein selbständiger souveräner Staat bleiben sollte.

Bei der Volkskammerwahl im März 1990 wählten ebenso viele den Weg einer Einheit im Kapitalismus. Zu diesem Phänomen ist nicht alles gesagt. Es ist sogar fast gar nichts dazu gesagt. Ahnt man, warum? Wer ein Tabu übertritt, wird selbst tabu. Denn das Übertreten ist ansteckend. Der- oder diejenige muss gemieden werden, wird zur sozialen Gefahr.

Nun sind Umfragen und Wahlen bekanntlich keine in Stein gemeißelten Überzeugungen, sondern Momentaufnahmen von im Wind schwankenden Stimmungen. Aber welche Winde waren es, die in so atemberaubend kurzer Zeit Stimmungen derart kippen ließen? Welche Tatsachen, welche Behauptungen, welche Propaganda, welche taktischen Winkelzüge der zu Wählenden haben die Wähler derart aufgeklärt oder manipuliert?

Wenn hier von Alternativen die Rede sein wird, so geht es nicht darum, nachträglich noch mal die Deutsche Einheit in Frage zu stellen. Die Nachkriegsgeschichte, in der die Teilung ihren Platz hatte, lief ab. Geblieben ist eine vom Zeitgeist ungeliebte Frage: Gab es (ohne die hier dokumentierten, massiven medialen Mittel von Halb- und Desinformation, von richtigen Enthüllungen und falschen Versprechen, von Angstkampagnen und Zermürbungsstrategien) nicht einen bedachteren Weg zu einer Einheit, die insbesondere im Osten nicht derart katastrophalen wirtschaftlichen und mentalen Schaden angerichtet hätte?

Erstmalig waren revolutionäre Aktionen, die die Massen ergriffen hatten, im Herbst 1989 weitgehend live im Fernsehen zu verfolgen. Die Wende schlüpfte auch in die Kinderschuhe der digitalen Revolution. Zahlen zur Sehbeteiligung, die das

DDR-Fernsehen immer erhoben hatte, wurden nun, da sie so erfreulich waren, veröffentlicht. Zu den Spitzenreitern gehörten plötzlich die Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« und Live-Übertragungen von politischen Ereignissen. Die Massenkundgebung vor dem ZK-Gebäude wurde von 54 Prozent der Gesamtzuschauer gesehen, die Kundgebung am 4. November mit 44 Prozent und die Talk-Show »Warum wollt ihr weg?« mit 43 Prozent. Die sonst nicht unbeliebte Sendung »Schöne Melodien gefragt« kam auf 1,6 Prozent.

Da die meisten Menschen sich ihr Weltbild über das Fernsehen formen, wäre vorrangig die Berichterstattung dieser Monate in den Ost- und West-Sendern zu untersuchen. Aber dazu bedürfte es wohl mehrerer Dissertationen und Zuarbeiten von ganzen Jahrgängen von Journalistik-Studenten. In den Mediatheken sind vorerst nur ausgewählte Dossiers zu finden. Schwierig genug, sich während des Corona-Lockdowns von Bibliotheks-Lesesälen einen groben Überblick über die Printmedien von damals zu verschaffen. Längst nicht alles ist schon digitalisiert, auch nicht die *Bild*-Zeitung, der als auflagenstärkste dennoch einige Aufmerksamkeit zukommen muss. Insgesamt kann hier nur mit wenigen Spots angedeutet werden, was durch künftige Forschung zu vertiefen wäre.

Erinnern wir uns zuvor an dieses Jahr 1989. Anfang Januar löst US-Präsident George Bush sen. seinen Vorgänger Ronald Reagan ab und verspricht, den Kurs der »neuen Nähe« gegenüber der Sowjetunion fortzusetzen. Ende Januar gewinnen SPD und Grüne die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, Walter Momper wird Regierender Bürgermeister. In der Sowjetunion ist die Perestroika in vollem Gange. Im Februar werden die letzten Soldaten aus Afghanistan abgezogen – neun Jahre nach dem Einmarsch. Beide Länder sind erheblich geschwächt. 1,2 Millionen Afghanen und 15.000 Rotarmisten haben ihr Leben verloren. Dennoch kann sich die linke Regierung von Mohammed